

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner neueste Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstags
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Fernruf Nr. 164

Nr. 5.

Samstag, den 12. Januar 1918.

26. Jahrgang

Wie anders malt sich die Welt in diesen Köpfen.

Wilson und Lloyd George.

Eine wunderliche Veredamtheit hat wieder einmal Herr Wilson entfaltet.

Es wundert uns freilich durchaus nicht, daß Wilson in seiner jüngsten Botschaft die Vorgänge in Brest-Litowsk arglistig entstellt und einen Zwiespalt in der deutschen Regierung an die Wand zu malen oder womöglich hervorgerufen sucht. Das ist sein altes Geschäft, und die Wiederholung solcher Bestrebungen kann uns nur bestärken in dem Entschluß gemäß der Mahnung der Zentrumsfraktion: keine inneren Spannungen zu schaffen oder zu verschärfen.

Ein Schütteln des Kopfes aber muß sich einstellen, wenn Herr Wilson in demselben Atem die Kriegszielrede von Lloyd George in den höchsten Tönen verherrlicht und dann andererseits vier grundsätzliche Friedensbedingungen aufstellt, auf die das Eroberungsprogramm des englischen Diktators paßt, wie die Faust aufs Auge.

Herr Wilson fordert:

1. Kein internationales Geheimabkommen mehr, öffentliche Friedensverhandlungen und öffentliche Friedensverträge. Schön, aber wem predigt er das? Lloyd George hat die Lösung der Geheimabkommen stets nach Kräften verhindert; der Vierbund aber verhandelt mit den Russen in einer bisher ungewohnten Offenheit.

2. Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden so wohl wie im Kriege. Vorzüglich Herr Wilson; aber was sagt Lloyd George? Er will die Dardanellen unter internationaler Kontrolle stellen, um sie der Türkei zu entreißen, aber den Suez-Kanal und die Straße von Gibraltar und die sonstigen Stützpunkte der englischen Seeherrschaft frei zu geben, fällt ihm nicht ein.

3. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Gleichheit der Handelsbeziehungen unter den Nationen. Wiederum sehr schön. Aber ist denn das Pariser Programm des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege von den Genossen Wilsons widerrufen worden? Lloyd George hat in seiner jüngsten Rede angekündigt, die verbündeten Gegner Deutschlands würden nach dem Kriege mit den heißbegehrten Rohstoffen erst selbst und ihre Freunde versorgen. D. h. auf deutsch: Wir schließen Deutschland vom Bezug der notwendigen Rohstoffe aus! Eine solche Drohung billigt Herr Wilson und verkündet zugleich das schöne „Prinzip“ der Handelsfreiheit und -gleichheit.

4. Garantien für Herabsetzung der Rüstungen. Auch eine schöne Idee; die Praxis des Herrn Wilson geht dahin, daß in Nordamerika gerüstet wird, wie noch nie, und der ärgste Militarismus in dem bisher wehrpflichtfreien Lande heimisch gemacht wird. Zugleich werden in England noch 500 000 Mann mobil gemacht.

Mit der Abrüstung wird ein ähnliches Spiel getrieben, wie mit dem Grundsatz von der Selbstbestimmung der Völker, den Herr Wilson im Eingange seiner Botschaft erwähnt hatte.

Deutschland soll zum Abrücken veranlaßt werden, damit es in seiner eingekreisten Lage recht schwach werde. England aber will die Flottenrüstung, auf der seine Weltmacht und sein Uebergewicht gegenüber Deutschland beruht, in voller Kraft behalten.

In zehn weiteren Punkten entwickelt Wilson dann, wie er sich die Anwendung seiner Grundsätze auf den Besitz und die Eroberungen der Mittelmächte denkt. Er kommt dabei zu denselben Vorschlägen wie Lloyd George. Deutschland soll Elsaß-Lothringen und die polnischen Landesteile verlieren; die verschiedenen Nationalitäten Oesterreich-Ungarns und der Türkei sollen selbständig gemacht werden. Italiens Forderungen auf österreichisches Gebiet sollen erfüllt werden. Die Frage der deutschen Kolonien hält Wilson noch in der Schwebe.

Die Selbstbestimmung der Völker soll überall da Platz greifen, wo man Deutschland oder Oesterreich Schwierigkeiten machen oder Schaden zufügen kann. Aber den Irändern, den Ägyptern, den Indiern das Selbstbestimmungsrecht zu geben, fällt Herrn Lloyd George nicht im Traum ein. Und Herr Wilson preist diesen Kriegskünstler als Friedensengel.

Herr Wilson ist immer noch von derselben Zielsetzung. Er verkündet im Talar des Weltpredigers die glühendsten „Grundsätze“ über den Frieden, und besorgt inzwischen mit beiden Händen aus Verheimlichung die Ausbeute des Weltkrieges.

Ein nordisches Blatt hat dieser Tage ganz richtig gesagt, die kriegswütigsten und gewalttätigsten Diktatoren in der Welt seien Lloyd George und Wilson.

Vor einer neuen Rede des Reichskanzlers.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt der Reichskanzler am kommenden Montag im Hauptsaal zu erscheinen, um in einer größeren Rede auf die Kriegszielreden Lloyd Georges und Wilsons zu antworten.

Interessant sind die vorliegenden holländischen Pressestimmen. Sie erkennen die Absicht der feindlichen Staatsmänner, Uneinigkeit unter die Mittelmächte zu tragen und Rußland zu verwirren, und betonen übereinstimmend, daß sich die Kriegsziele über die Anwendung der aufgestellten Grundsätze auf den Entente-Beitrag auszuwirken.

Schon vor acht Jahren!

Eine Ergänzung der russischen Geheimpapiere?

R. Teremejew erinnert in „Nemica i Flot“ an die von Milukow im Jahre 1916 in der Duma abgegebene Erklärung: „Seit 1907 wurden die Grundlagen der jetzigen internationalen Politik geschaffen. Nur auf dem Boden des unerschütterlichen gegenseitigen Vertrauens konnte der Vertrag über Konstantinopel und die Meerengen abgeschlossen werden. Rußland stand schon vor dem Augenblick, wo es die Früchte seiner Mühen und die Früchte der Arbeit von zwei Ministern des Auswärtigen ernten sollte, als sich eine ungewöhnliche, seltene, in der Geschichte vielleicht einzig dastehende Konjunktur bildete, deren Beginn durch die Tätigkeit König Eduards VII. geschaffen wurde.“

Teremejew bemerkt hierzu: „Also die russische Bourgeoisie hat schon 1907, bevor noch die Berge von Leichen aus dem japanischen Krieg ordentlich der Erde übergeben waren, an ein neues blutiges Abenteuer gedacht. Sie wollte Konstantinopel und die Dardanellen, Klein-Asien, Persien, Mongolei und Galizien erobern und in den Kreis der „großen“ Mächte eintreten.“ Vielleicht entschloßen sich die Bolschewiki auch noch zu einer Bekanntmachung der politischen Verhandlungen vor dem Kriege und Vereinbarungen, die von Rußland und der Entente schon getroffen worden sind. „Allgemeines Handelsblatt“ schreibt in diesem Sinne: „Die Veröffentlichung der Geheimverträge zeigt immer deutlicher, mit welchen Absichten der Verband den Krieg fortsetzen will. Alle bisherigen Veröffentlichungen betreffen aber die Zeit nach dem Kriege, während gerade die Verhandlungen vor dem Kriege die Hauptsache sind. Die Bolschewiki würden sich den Dank der ganzen Menschheit verdienen, wenn sie die damals abgeschlossenen Verträge veröffentlichten. Der Suchomlinow-Prozess hat gezeigt, wie die russische militärisch-panslawistische Gruppe absichtlich den Zusammenstoß vorbereitete. Die Veröffentlichung der vom Kriege vorangegangenen Verhandlungen würde beweisen, inwiefern der militärischen Umgebung des Zaren die große Schuld am Weltkriege zugeschrieben werden mußte.“

„Allgemeines Handelsblatt“ spricht damit in der Tat im Interesse der betrogenen Menschheit, die endlich nach voller Wahrheit verlangt.

Bittere Wahrheiten.

Nachdem der bekannte dänische Schriftsteller Georg Brandes in seinen Aufsätzen erregenden, auch in Deutschland stark nachgedruckten Aussagen in „Politiken“ mit der völligen Unparteilichkeit der wahrhaft Neutralen den Nachweis erbracht hatte, daß die größere militärpolitische Vorbereitung auf den Krieg von der Entente vorgenommen war, hat er vor einiger Zeit in demselben Blatte einen bemerkenswerten Aufsatz über die durch den Kriegswahn im zivilisierten Europa angerichteten Verheerungen erscheinen lassen. Darin heißt es u. a.:

„Noch immer sprechen die Minister der kämpfenden Mächte davon, bis zum Endsieg auszuhalten. Es gibt nur einen Endsieg, das ist der Sieg der Vernunft über die Dummheit, und der scheint noch fern zu liegen. . . . Wenn es noch jemanden gibt, der jetzt noch nicht einsieht, daß die französisch-russische Allianz für Frankreich eine einzige ungeheure politische Torheit war, so ist der Betreffende weder „hinterher Flug“ noch „vorher Flug“. Diese Allianz hat Frankreich 20 Millionen Franken gekostet, konnte ihm all den Schan-

den gebracht, den der Weltkrieg verursachte. Sie hat ein Vierteljahrhundert lang die Franzosen in der Illusion erhalten, die sich am Prüfungstage als Lüge erwies. Sie hat die Franzosen daran verhindert, ihr aufgespartes Kapital zur Förderung von Handel, Landwirtschaft, Industrie, Kanalbaug, Sprachunterricht, des eigenen Landes überhaupt, zur Förderung des Unternehmungsgeistes anzuwenden, und hat an Stelle dessen den Gang der Franzosen, vom 50. Jahre ab von den Finzen zu leben, überentwickelt. Um einen großen Teil dieser Finzen ist die Nation jetzt nach menschlichem Ermessen betrogen.“

Helfe, was helfen mag!

Mit allen Mitteln sucht man in den feindlichen Ländern den Kriegswillen aufzupeitschen. Nur die Anwendung scharfster giftiger Heilmittel scheint offenbar noch geeignet, die flau gewordene Stimmung künstlich zu beleben. Eine kleine Blütenlese mag zeigen, zu welchen Übernheiten die feindliche Presse greift:

1. Die Deutschen schänden Schloßkirchen bei Reyon, richten die Gräber als Latrinen ein usw. „La Formation“, 15. Dezember. (Bericht Gomez Carrillo.)
 2. Schließung der Wiener Universität infolge von Friedenskundgebungen der Studentenschaft. „Nouvelles de Lyon“, 18. Dezember 1917.
 3. Deutschland verlegt die Gefühle der Mohammedaner wo es kann.
 - a) Das Beisetzungsverbot für Mekka und Medina ist für Deutschland aufgehoben.
 - b) Türken gezeugten Briefmarken mit Bild des Sultans einzuführen trotz Verbot des Korans.
 - c) Der deutsche Generalkonsul hat seine Bureau in der großen Moschee in Aleppo eingerichtet.„Homme Libre“, 19. Dezember, „Pays“, 18. Dezember 1917.
 4. Krupps Werke stehen in Brand, die elektrische Zentrale ist explodiert. „Telegraf“, 22. Dezember 1917.
 5. Türkische (!) Truppen schänden auf dem Marsch durch Triaul sämtliche Kirchen und stecken sie in Brand. „Idea Nazionale“, 16. Dezember 1917.
- Die Ausgeburten einer durch Angst und Sorge um die nächste Zukunft erhitzten Phantasie unterscheiden sich kaum noch von den Tartarennachrichten zu Beginn des Krieges. Wie sagte doch Hindenburg: „Wer die besseren Nerven hat, gewinnt den Krieg!“

Vom U-Bootkrieg.

36 000 Tonnen.

Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: 12 Dampfer mit 36 000 Brutto-Registertonnen. Die Schiffe hatten zumeist wertvolle Ladungen für Italien und die englische Kriegswirtschaft im Orient. In besonders geschickter und hartnäckig durchgeführten Angriffen gelang es, zwei Geleitzüge aufzubrechen und dabei sechs Dampfer zu vernichten. Unter diesen konnten festgestellt werden die beladenen bewaffneten englischen Dampfer „Fiscus“ (4170 Tonnen), „Turnbridge“ (2874 Tonnen), „Cliftondale“ (3811 Tonnen) und „Waverley“ (3853 Tonnen), letztere beide mit je 5000 Tonnen Kohlen nach Malta bezw. Port Said unterwegs. Von dem englischen Dampfer „Cliftondale“, der mit zwei 15-cm-Mörsern und einer 7,6-cm-Schnelladekanone besetzt war, wurde der Kapitän gefangen genommen. Ferner wurde der bewaffnete italienische Dampfer „Pietro“ (3860 Tonnen) in überraschendem Angriff durch Beschützerfeuer niedergelassen, während der durch Beschützerfeuer bewaffnete englische Dampfer „Verder“ (3874 Tonnen), der beladen auf dem Wege nach Otranto war, einem Torpedo zum Opfer fiel.

An vorstehenden Erfolgen war in hervorragender Weise Kapitänleutnant von Arnault de la Perriere beteiligt.

Diese horriboragenden Verluste bilden ein neues Ruhmesblatt in der Reihe der Erfolge des Kapitänleutnants von Arnault de la Perriere. Der Verlust rüst besonders Italien und die englischen Eroberungspläne in Syrien und Mesopotamien. Seine Bedeutung erhellt, in dem man sich vorstellt, daß allein die beiden erwähnten Kohlendampfer so viel Brennstoff führten, wie 1000 Eisenbahnwagen von je 10 Tonnen zu fassen vermögen. Bezeichnend für den Mangel an Geschützen, der durch die feindliche U-Boot-Wehr veranlaßt wird, ist die Maßnahme, die auch schon im 15-cm-

Wetter. Derartige Geschütze pflegt man nur für Stief-
feuer im Landkrieg zu verwenden. Auf See haben sie
wegen der Schwierigkeit des Treffens bei ungenauer
Entfernungsmessung im Zusammenhang mit der langen
Flugzeit des Geschosses nur sehr bedingten Wert. Auch
in dieser Beziehung muß also die Not bei unseren
Feinden bereits einen ziemlich hohen Grad erreicht haben.
Aus der allgemeinen Bewaffnung der feindlichen Han-
delschiffe entspringt für uns und unsere Verbündeten
der Vorteil, daß die Tausende für diesen Zweck be-
nötigten Geschütze nicht für den Landkrieg verwendet
werden können.

Von den Fronten.

Großes Hauptquartier, 11. Jan. (WZB.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher
Kronprinz: Versuche des Feindes, überraschend und
nach Feuertvorbereitung am Morgen des 10. Jan. süd-
östlich von Ypern in unsere Stellungen einzudringen,
scheiterten.

Tagüber entwickelte sich an der flandrischen Front
und südwestlich von Cambrai lebhafter Artilleriekampf.
Zwischen Moenvres und Marcoing steigerte sich
das englische Feuer am Abend und bei Tagesanbruch
vorübergehend zu größter Heftigkeit.

Auch die französische Artillerie war beiderseits
von St. Quentin und in einzelnen Abschnitten zwischen
Dise und Alene rege.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Westlich von Bla-
mont erhöhte Geschützaktivität.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front
keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Neue Kriegsziel-Erklärung der Entente.

Das „Echo de Paris“ behauptet, daß in der nächsten
Woche auf der Konferenz der Alliierten in Paris eine
gemeinsame Erklärung der Entente-Kriegsziele bekannt-
gegeben werden wird, zu der die Reden Lloyd Georges
und Wilsons nur das Vorspiel gewesen seien.

„Keine Zeit mehr, den Sieg aufzuschieben.“

Nach einer Havasmeldung sagte Senatspräsident
Dubost bei der Wiedereröffnung der Tagung des fran-
zösischen Senats:

Das Jahr 1917 hat allen bereits auf Frankreich
gehäuften Leiden eine neue schwere Last von
Elend und Trauer hinzugefügt, ohne eine Entschei-
dung zu bringen. Der mächtigen Hilfe Nord-
amerikas steht der russische Abfall gegenüber, be-
lastet Frankreich für 1918 mit ebenso schweren Pflichten,
wie 1914 es getan hat und fordert von ihm nach drei
Jahren voller Opfer eine Wiederholung der Heldent-
aten an der Marne und bei Verdun.

Dubost nannte den Abfall Rußlands den größten
in der Weltgeschichte und erklärte, Frankreich habe
eine Zeit mehr, den Sieg aufzuschieben.

Das erste Telephon über die Front.

Wie die Ukrainische Korrespondenz meldet, wurde
zwischen Wien und Kiew eine telephonische Verbindung
hergestellt.

Das ist nicht nur politisch, sondern auch technisch
bemerkenswert. Denn in Friedenszeiten gab es eine
solche Telephonverbindung mit Rußland noch nicht.
Die bevorstehende Spaltung der französischen radikalen
Partei.

Wie die „Times“ mitteilt, steht eine Spaltung
in der radikalen und radikal-sozialistischen Partei bevor.
Der Senator Masurel bemüht sich, alle diejenigen
Elemente zu sammeln, die das Eintreten der Partei
für den des Landesverrats beschuldigten früheren Mi-
nister Caillaux mißbilligen.

Die Franktireurs.

Kriegserzählung von J. G.

(Nachdruck verboten.)

22

6. Im Lazarett.

Das —zigste Regiment, oder wenigstens der hierher
beorderte Teil desselben, blieb mit der ihm zugegebenen
Kavallerie für einige Zeit in St. Rosaire liegen, und war
besonders deshalb hierher vorgeschoben worden, um von
da aus gegen die gerade in dieser Nachbarschaft immer
frecher gewordenen Franktireurs zu operieren, wie zu-
gleich Fühlung mit einem nördlich davon gelegenen De-
tachement zu halten. Starke Patrouillen wurden nach ver-
schiedenen Richtungen hin ausgesandt, um vorzüglich den
benachbarten Wald abzusuchen, wie auch die nächsten Dör-
fer von dem Gesindel rein zu halten, und eine Weile schien
es wirklich, als ob sich die Banden aufzulöset oder doch
wenigstens in andere Gegenden gezogen hätten. Die
nächsten Dörfer waren übrigens von ihren Bewohnern
ebenfalls mit Eile und Eile verlassen worden.

Der Abend dämmerte, auf den Straßen von St. Ro-
saire standen überall Gruppen von Soldaten, meist ihre
kurze Pfeife rauchend und mitsammen plaudernd, dort
auch vor einem Marketenbänke.

Das sauberste und bestgehaltene Haus in St. Rosaire
war das, in welchem Madame Voissiere mit ihrer Tochter
Jeannette zurückgeblieben, weil man es zugleich in ein
Lazarett verwandelt hatte, wie denn auch jetzt die weiße
Flagge mit dem roten Kreuz darüber wehte. Zuerst war
allerdings nur der verwundete Ulanenoffizier dahin ge-
schafft worden, aber es zeigten sich doch auch einzelne
Krankheitsfälle unter den Truppen; die Leute waren durch
das Hin und Her, das Lagern in den nächtlichen Nächten,
oft bei eifrigen Regenschauern und ohne besonders warme
Nahrung, abgemattet und angestrengt worden. Dabei hat-
ten sie das noch häufig unreife Obst von den Bäumen ge-
essen, und Fälle von Ruhr blieben nicht aus. Jenes
Haus aber bot, besonders in seinen unteren Räumen, ge-
nügend Raum. Die dort liegende Einquartierung wurde
schon der Ruhe wegen herausgenommen, und Jeannette
hatte sich bald in die Pflege der Unglücklichen hineinge-
funden, so daß sich der dort stationierte Arzt keine bessere
Stelle wünschen durfte.

Kleine Kriegsnachrichten.

Pariser Blättern zufolge interpellierte der ge-
ordnete Moutet von Lyon über die Zunahme der
Ernährungsschwierigkeiten in der Gegend von Lyon.

In den Vereinigten Staaten ist ein Gesetz in Vor-
bereitung, das die Regierung ermächtigt, die Kontrolle
über die gesamte Erzeugung von Kohlen, Eisen, Chemi-
kalien, Petroleum und andere Mineralien auszuüben.

Infolge der Schwierigkeiten bei der Kohlenver-
sorgung wurden die Hoftheater in Stuttgart bis auf
weiteres geschlossen.

Graf Luchner vom Hilfskreuzer „Seeadler“
ist, wie sein Vater mitteilt, unverwundet in Netuihi
auf Neu-Seeland interniert.

Politische Rundschau.

Dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, Ad-
miral v. Capelle, ist durch Allerhöchste Kabinetts-
order vom 9. Januar der Orden Pour le Merite ver-
liehen.

Der Reichskanzler soll am Montag im Haupt-
auschuß in einer größeren Rede auf die Auslassungen
Lloyd Georges und Wilsons antworten wollen.

Rußland: Föderative Klein-Republiken.

Dem Pariser „Matin“ wird aus London gemeldet,
es haben sich weitere russische Gebiete, die von verschie-
denen Nationalitäten bewohnt werden, unabhängig er-
klärt. Sie haben eigene Regierungen gebildet oder
die Absicht verkündet, dies zu tun. Man meldet u. a.,
daß mehrere Provinzen des äußersten Nordens, so
das Gebiet von Archangel, ihre Autonomie erklärten.

Zulagen zur Invalidenrente.

Durch eine Bekanntmachung vom 3. Januar 1918
hat der Bundesrat bestimmt, daß vom 1. Februar ab
bis zum 31. Dezember 1918 den Empfängern einer
reichsgesetzlichen Invalidenrente eine monatliche Zu-
lage von 8 M., Empfängern einer Witwen- oder Wit-
werrente eine monatliche Zulage von 4 M. gewährt
wird. Das Reich schießt die erforderlichen Beträge
den Versicherungsträgern zinslos vor und erhält sie
von ihnen in zehn gleichen Teilbeträgen in den Jahren
1919 bis 1928 zurück.

Die vom Bundesrat getroffene Regelung geht
auf verschiedene Anregungen des Reichstages, den bei
der gegenwärtigen Verteuerung des Lebensunterhaltes
in Bedrängnis geratenen Rentenempfänger zu helfen,
zurück. Bei der bereits im Frühjahr 1917 im Haupt-
auschuß des Reichstages gefaßten Entschließung war
eine Unterstützung der Rentenempfänger nur im Falle
der Bedürftigkeit vorgesehen. In seiner Entschließung
vom Oktober 1917 wünschte der Reichstag eine er-
weiterte Fürsorge aus Mitteln des Kriegsfonds für
die Jahre 1917 und 1918 für alle Rentenempfänger.

Der erstgenannten Entschließung ist durch ein
Mündschreiben des Reichskanzlers an die Bundesregie-
rungen entsprochen worden, worin ihnen nahegelegt
wurde, überall da, wo eine durch Kriegsverhältnisse
gebotene Zulage zu den Renten aus der sozialen Ver-
sicherung erforderlich sein sollte, auf dem Wege der
gemeindlichen Kriegswohlfahrtspflege helfend einzugrei-
fen.

Nachdem sich gezeigt hat, daß auf diesem Wege
eine wirksame Hilfe für die Rentenempfänger nicht
überall zu erreichen war, ist die erweiterte Fürsorge
zunächst für Empfänger von Invaliden-, Witwen- und
Witwer-Renten aus der Invalidenversicherung durch
eingangs genannte Bekanntmachung eingeleitet worden.

Die neue Fürsorge ist zeitlich beschränkt
worden; sie soll nur für die 11 Monate vom Februar
bis Dezember 1918 gewährt werden. Maßgebend für

diese Begrenzung war der Umstand, daß die Ver-
ordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom
4. August 1914 erlassen werden mußte, da die Rege-
lung der Fürsorge durch ein Gesetz naturgemäß eine
längere Zeit in Anspruch nimmt, die gegenwärtigen
Lebensverhältnisse jedoch eine schnelle Abhilfe des
unter den Rentenempfängern beobachteten Notstandes
erforderten. Die verbündeten Regierungen waren sich
aber von vornherein klar, daß bei den niedrigen Renten
der Invalidenversicherung eine Weitergewährung der
Zulage in irgend einer Form auch über den 31. De-
zember 1918 nicht zu umgehen sein würde. Die er-
heblichen Mittel jedoch, die für eine solche erweiterte
Fürsorge erforderlich sind, können weder vom Reich
vorgeschossen, noch von den Versicherungsträgern aus
den bisherigen Beiträgen oder ihrem angesammelten
Vermögen aufgebracht werden. Hierzu sind neue Bei-
träge nötig, die durch eine Veränderung der Beitrags-
sätze im vierten Buch der Reichsversicherungordnung
eingeführt werden müssen. Die gesetzliche Regelung
wird, wenn die erweiterte Fürsorge ohne Unterbre-
chung über den 31. Dezember 1918 fortbestehen soll,
noch im Laufe des ersten Halbjahres 1918 zu treffen
sein.

Die hohen Kosten der durch die Bekanntmachung
vorgesehenen Leistungen — sie sind auf rund 9 Mil-
lionen Mark monatlich veranschlagt — verbieten es,
die Fürsorge für zurückliegende Zeiten eintreten zu
lassen. Dazu würden noch verwaltungstechnische
Schwierigkeiten getreten sein. Bei der jetzt vorgesehenen
Regelung wird die Zulage ohne Anweisung des Ver-
sicherungsträgers bezahlt. Der Berechtigte besorgt sich
eine Quittung über die Zulage — in der Regel erhält
er sie bei derjenigen Stelle, welche die Bescheinigungen
auf der Rentenquittung erstellt — und bekommt darauf-
hin von der Post die Zulage ausgezahlt. Jede Zah-
lung für zurückliegende Zeiten wäre ohne Mitwirkung
der Versicherungsträger nicht möglich, da sie allein
auf Grund ihrer Rentenlisten die Bezugsdauer der
Zulage einwandfrei feststellen können. Die Versiche-
rungsträger hätten alsdann den Berechtigten einen
Bescheid zu erteilen und die Post zur Zahlung anzu-
weisen, eine Arbeit, die für mehr als eine Million
Rentenempfänger geleistet werden müßte. Dazu sind
die Versicherungsträger bei dem großen Mangel an
Hilfskräften außerstande.

Diese Rücksichtnahme auf die Verwaltungsschwie-
rigkeiten der Versicherungsträger hat auch dazu ge-
führt, den Personenkreis, dem die Fürsorge zuteil wer-
den soll, auf Invaliden, Witwen- und Witwerrenten-
empfänger zu beschränken, da sie in erster Linie unter
der Teuerung leiden und bei ihnen die Durchführung
der erforderlichen Maßnahmen am einfachsten zu er-
reichen war. Für Empfänger von Alters- und Waisen-
renten wird im Falle eines Bedürfnisses die gemeind-
liche Kriegswohlfahrtspflege eintreten können.

Was die Aufbringung der Kosten für die Zulage
betrifft, so ist bemängelt worden, daß sie nicht allein
vom Reich getragen werden, sondern auf die Versiche-
rungsträger abgewälzt seien. Dem ist entgegenzuhalten,
daß die Finanzlage des Reiches es nicht gestattet,
für einen Bruchteil der Bevölkerung hohe Lasten zu
übernehmen. In der Sitzung des Reichstages vom
11. Oktober 1917 hat ein Vertreter der Reichsfinanz-
verwaltung darauf hingewiesen, daß allein die vom
Reichstage in seiner letzten Tagung geforderten Für-
sorgemaßnahmen einen jährlichen Aufwand von mehr
als zwei Milliarden Mark erfordern würden. Es ist
aber auch nicht richtig, daß das Reich die Aufwendungen
für die Zulage auf die Versicherungsträger abwälzt.
Das Reich stellt vielmehr die erforderlichen Mittel
zinslos zur Verfügung und erhält seine Auslagen
in Zehnteln zurück; es hat also einen nicht unbeträcht-
lichen Zinsverlust. Nimmt man den Zinsfuß, zu dem
das Reich die Mittel für die Zuschußzahlungen der
Post aufzubringen hat, nur zu 5 vom Hundert an,
so verliert das Reich bis zur Rückzahlung des letzten
Rebats rund 25 Millionen Mark. Berechnet sich also

völlig teilnahmslos verlebte nur die alte Frau in-
dessen ihre Zeit. Ob sie zuerst unter den harten Kämpfen
der Soldaten gelitten hatte, daß die Nation befeigt sei,
denn jeder Franzose verlangt einzeln geprügelt zu werden,
eher er das einsteht oder wenigstens gesteht — oder ob
sie der Verlust aller Habe gebrochen, während ihre Lands-
leute, anstatt die verbrochene Nacht auszuüben, wie weg-
gesetzt aus der ganzen Gegend schienen, — sie konnte jetzt
stundenlang auf ihrem Stuhl am Fenster sitzen und vor
sich hindrücken, und nur, wenn ihr Jeannette mittags das
Essen brachte, fragte sie fast regelmäßig, ob Francois nicht
dagewesen wäre und nach ihr gefragt hätte — ihr Geist
wanderte.

In dieser letzten Zeit hatte man von den Franktireurs
wenig oder gar nichts gehört, und nur in der Nachbar-
schaft einer unfern von dort gelegenen kleinen Festung
trieben sie ihr Wesen, zogen sich aber sofort unter deren
Kanonen zurück, sobald sich nur reguläre Truppen in der
Gegend zeigten. Uebrigens wußte man, daß sich im Sü-
den größere feindliche Massen sammelten, und es wurde
deshalb nötig, die hier oben etwas sehr zerstreuten Korps,
die eigentlich bis dahin nur das Land besetzt gehalten,
ohne besondere Angriffspläne zu verfolgen, mehr zu sam-
meln, um sie nicht vereinzelt einem Ueberfall auszuweichen.

Zu diesem Zweck sollten vorderhand zwei Kompa-
nien vorwärts in ein bis jetzt verlassenes Dorf gelegt
werden, um dadurch Fühlung mit dem Hauptkorps zu
erhalten, und noch an dem nämlichen Abend wurde es
den betreffenden Offizieren mitgeteilt, damit ihre Leute
am nächsten Morgen bereit zum Abmarsch wären. Bei
solchen Dislokationen hatte es sich nämlich herausgestellt,
daß die Mannschaften, um in einer total verödeten Ge-
gend Posten zu fassen, doch mehr mitzunehmen hatten, als
sie selber tragen konnten, und man gab ihnen deshalb
schon mehr Zeit, um sich darauf etwas vorzubereiten.

So still der Ort nun auch bis dahin gelegen hatte, so
reges Leben kam jetzt hinein, denn ein solches Quartier-
wechseln war ein zu bedeutendes Moment und konnte nicht
geräuschlos vorübergehen.

Schon in der letzten Zeit hatten die Leute von ihren
Patrouillengängen in der Nachbarschaft Fuhrwerke, wo
sie welche nur fanden, mitgenommen und ebenso eine An-
zahl von Wägen in weiter entfernter Lagenen abge-
fordert.

requiriert. Stallungen gab es im Orte genug, denn was
die wirklich für Pferde oder Kühe bestimmten Plätze nicht
ausreichten, trieb man die Tiere einfach in bequem ge-
legene Partierelokale, Salons oder Bureaus und konnte
sie da vortrefflich unterbringen. Heute wurden sie nun
noch, so spät es sein mochte, extra gefüttert, und das
nötige Geschirr zusammengeführt oder ausgeflickt, mit
dem sie morgen eingespannt werden sollten; und kaum
dämmerte der Tag wieder, als es in St. Rosaire aus-
sah, als ob Ostern oder Michaelis wäre und die halbe
Stadt im Begriff sei, umzuziehen.

Mit klingendem Marsch marschierten die Truppen
ihrem Bestimmungsorte gegen die Straße hinaus, und
überall in den Fenstern der verschiedenen Wohnhäuser lag
die zurückbleibende Mannschaft und wechselte noch
manchen Gruß mit den abziehenden Kameraden. Weitab
gingen diese ja nicht, und über kurz oder lang fanden
sie wieder bei den Besammen und konnten gemeinschaftlich
ihrem Herz nach folgen: nach Paris!

Die Stadt wurde jetzt förmlich leer — wenig-
stens schien es so für den Augenblick, wo auch noch eine
starke Truppe nach Norden gegen den dort gelegenen
Wald gerückt war, um diesen einmal wieder gründlich
abzuräumen. Es war nämlich in letzter Nacht und nach
Achtung hin ein vereinzelter Schuß gefallen, und es
war doch immer möglich, daß sich da drinnen wieder
wärme von Gesindel ansammeln, die dann den
nächsten Requisitionen-Patrouillen gefährlich werden
konnten. Daß sie keinen offenen Angriff wagten, verstand
sich ja von selbst.

Der junge Ulanenoffizier, der allerdings nur einen
Schuß durch den Arm bekommen, aber zu wenig darauf
achtet haben mochte, so daß die Wunde einen bösen
Charakter annahm und das eintretende, sehr heftige Fieber
sogar sein Leben für eine Zeit gefährdete, schien doch
durch seine kräftige Natur wieder aufzukommen. Die
Phantasien, in denen er tagelang gelegen, lebten nicht
wieder — sein Puls ging ruhiger und die Heilung der
Wunde nahm ihren regelmäßigen Verlauf, aber recht
schwach und elend war er trotzdem geworden, und um so
mühsamer wirkte hier weibliche Pflege, die ihm durch
die sorgsame Hand Jeannettes wurde.

(Fortsetzung folgt.)

an den Auswärtigen für die Invalidenversicherung außer den 100 Millionen Mark für den Reichsausschuss mit einem recht erheblichen Betrage.
Durch die Zurückzahlung in Teilbeträgen ist der nicht günstigen Vermögenslage einiger Versicherungs-träger hinreichend Rechnung getragen. Durch die vor-ausichtlich im Jahre 1919 eintretende, bei der Höhe der zu übernehmenden Lasten nicht unerhebliche Bei-tragsverhöhung wird es den Versicherungsträgern leicht möglich sein, die Beiträge aus den laufenden Beitrags-einnahmen zu erstatten.

Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

Um 5%! — Aber ohne Bilet-Bezugsklein.
Mit der neuen Woche tritt eine ganz bedeutende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs in Kraft. Mit großem Nachdruck wird der Bevölkerung zugerufen: „Wer unnötig reist, schädigt die Kriegsführung!“ und „Niemand, der reisen will, denke, daß es auf ihn nicht ankommt, und daß eine Person die Eisenbahn nicht belastet. Auf jeden kommt es an!“

Und weil diese Mahnung gar nichts geholfen hat, wird dafür folgende Begründung verbreitet:
Die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten im Eisenbahnbetriebe bestehen fort und verschärfen sich außerordentlich unter dem Einfluß ungünstiger Witterungsverhältnisse. Die Binnenschifffahrt ruht, so daß der auf den Binnengewässern sich bewegende Verkehr an dringenden Gütern plötzlich auf den Eisenbahnweg übergegangen ist. Große Kohlenverbrauchsgebiete, die sonst überwiegend auf dem Wasserwege bedient werden, wie Berlin und Süddeutschland, fallen jetzt ausschließlich den Eisenbahnen zu. Eine Abhilfe kann durch Einschränkung des Güterverkehrs nicht erreicht werden, weil zurzeit ohnehin nur dringende Güter befördert werden, die für die Kriegswirtschaft und für die Volksernährung (einschließlich der Hausbrandversorgung) erforderlich sind. Es muß erneut und unverzüglich eine Einschränkung des Personenverkehrs erfolgen. Diese wird am 13. Januar beginnen mit dem ausschließlichen Zweck, über das bisher Erreichte hinaus Maschinen, Personal und Strecken durch Ausfall von Personenzügen freizumachen und die Abwicklung des Güterverkehrs, dem unbedingt der Vorrang einzuräumen ist, zu fördern.

Und wie soll die Einschränkung kommen?
Von der Einführung der sog. „Urlauberscheine“ für Reisen glaubt die Eisenbahnverwaltung nach wie vor absehen zu sollen. Dafür hat man sich entschlossen, den gesamten Reiseverkehr vom 13. d. M. ab um etwa 25 000 Zugkilometer täglich zu verringern, was etwa eine Verminderung der fahrenden Züge um 5 Prozent entspricht. Da man aber annimmt, daß auch diese Beschränkung noch nicht den Anforderungen, die die Landesverteidigung und die Versorgung der Bevölkerung an die Eisenbahnverwaltung stellt, gerecht werde, so wird man, die endgültige Zustimmung der Seeresverwaltung vorausgesetzt, auch zu einer Aufhebung der Urlaubsfahrten auf die Dauer von etwa 14 Tagen in der letzten Hälfte des Monats Januar schreiten müssen. Man verkennt auf der einen Seite nicht das Bedauerliche dieser notwendigen Maßnahme; gerade sie aber verspricht für das Wohl der Bevölkerung einen Erfolg, da die Zugbenutzung durch die Urlauberscheine etwa 70 Prozent des gesamten Reiseverkehrs ausmacht. Durch diese, wie gesagt, nur vorübergehende Maßregel wird eine ganz wesentliche Verminderung der Personen- und Schnellzüge erreicht werden.

Die „Bezugsscheine“ wären da aber doch wohl das Richtige.

Den Soldaten im Felde möge man doch die oft bitter nötige Heimreise nicht unmöglich machen, lediglich weil ein leichtfertiges, vergnügungssüchtiges Publikum die letzten Geldgewinne unserer Zeit zu unnützen Reisen und zu gemeinschaftlichen Exzessen benützt. Besonders die Frauen sind in dieser Hinsicht groß, und man glaube nur ja nicht, daß bei ihnen mit Hinweisen auf die allgemeine Bedeutung der Reise-Einsparungen etwas zu erreichen sei.

Beginn der Wahlrechtsbesprechung.

— Berlin, 11. Januar.
Am Freitag hat der Wahlrechtsausschuß des Abgeordnetenhauses lange Stunden über die drei Wahlrechtsvorlagen gesprochen, ohne sich zunächst über die zu wählende Form der Besprechung zu einigen.
Von Ministern waren anwesend: Vizepräsident Dr. Friedberg, Minister des Innern Dr. Drews, Finanzminister Hergt und 3. Vizeminister Dr. Spahn.
Auf eine Anfrage von konservativer Seite, weshalb die drei Gesetze nicht so in Zusammenhang gebracht seien, daß das eine nicht ohne das andere durchgeführt werden könne, erwiderte Minister Dr. Friedberg: Die Regierung betrachte die drei Gesetze als organische Ganzes und würde kaum dem einen zustimmen, wenn nicht auch über die anderen eine Einigung erzielt sei.
Die Regierung würde der engeren Verbindung der Gesetze nicht im Wege stehen. Von freisinniger Seite wurde dagegen betont, daß die Erste Kammer in Preußen überflüssig sei, da die Regierung ja an die Entscheidungen des Abgeordnetenhauses nicht gebunden wäre.

Ein freikonservativer Redner forderte Auskunft, ob die Regierung eine Reform des Stadtverordnetenwahlrechts plane. Minister Dr. Drews erwiderte, daß eine solche Reform komme, sei zweifellos, sie könne aber erst erfolgen, wenn sich die künftige Gestaltung des Wahlrechts im Staate übersehen lasse. Von konservativer Seite wurde ein Zusammenhang zwischen beiden Fragen bestritten.

weiter wurde die Frage der Wahlpflicht angeschnitten. Hierzu erklärte Minister Dr. Drews: Es ließe sich darüber reden, wenn eine Form gefunden würde, wie man zweckmäßig und ohne Belästigung der Bevölkerung entscheiden könne, ob im Einzelfall das Nichtwählen zu entschuldigen war oder nicht. Derselbe Regierungsvizepräsident teilte dann mit, wie das Abgeordnetenhaus unter Zugrundelegung der letzten Wahlziffern bei Gültigkeit des gleichen Wahlrechts jetzt ausfiele. Es säßen darin jetzt: Konservative 81, Freikonservative 34, Nationalliberale 46, Fortschrittliche 49, Zentrum 92, Polen 41, Sozialdemokraten 101, verschiedene Parteien 11.

In Wirklichkeit gingen aus den letzten Wahlen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts hervor: 148 Konservative, 54 Freikonservative, 73 Nationalliberale, 40 Fortschrittler, 103 Zentrum, 12 Polen, 10 Sozialdemokraten und 3 Verschiedene.

Schließlich sprach Minister Dr. Friedberg über die Notwendigkeit der Reform des Gemeindevahlrechts. Das bisherige System lasse sich nicht aufrecht erhalten; denn heute wählen aus den Großstädten 88 Prozent der Wähler in der 3. Klasse und nur 12 Prozent in den beiden ersten Klassen.

Die Debatte wird am Sonnabend fortgesetzt.

Lokales und Provinzielles.

Schierke, den 12. Januar 1918.

„Auszeichnung. Das Eisener Kreuz II. Klasse erhielt der Landsturmann Heinrich Weibach von hier.“

„Die Witterung gefällt sich, in diesem Winter von einem Extrem ins andere zu fallen. Am Anfang der Woche noch 8 Grad Kälte, am Dienstag mildere Witterung und am Mittwoch Regenerwetter, und schon glaubte man, der Schnee sei am kommenden Morgen vollständig verschwunden. Wie erstaunt war man aber am Donnerstag früh bei Morgengrauen, als man hinausfuhr. Die schönste Winterlandschaft bot sich dem Auge dar. Dächer, Bäume, Sträucher, Feld und Wald in eine dichte Schneedecke gehüllt, und der Himmel hing noch so voller Schneewolken, daß noch weiterer Schneefall zu erwarten war. Doch das des Mittags schon wieder einsetzende milde Wetter bei Regen und Wind machte kurzen Prozeß mit den gefallenem Schneemassen. So schnell wie sie gekommen waren, sind sie auch wieder verschwunden. An sogen. „Winterseuchung“ fehlt es dieses Jahr nicht.“

„Rasches Steigen des Rheins und seiner Nebenflüsse. Das auf den starken Schneefall der letzten Tage so unvermittelt rasch eingetretene Tauwetter hat nach langem Tiefstand des Rheinwasserstandes jetzt einem raschen Steigen Platz gemacht. Seit drei Tagen ist ein Wachstum von rund 0,75 Meter zu bemerken. Dabei ist für die nächsten Tage mit einem weiteren sehr erheblichen Steigen des Wassers mit Bestimmtheit zu rechnen. Bei dem sehr raschen Abgang der gewaltigen Schneemassen, die in den Gebirgen liegen, ist Hochwassergefahr nicht ausgeschlossen, zumal alle Zuflüsse des Stroms ebenfalls ein rasches Steigen aufweisen. Vom Oberlauf des Mains wird ein Steigen von über einem Meter seit dem 8. Januar gemeldet. Der im Ober- und Mittellauf fest zugefrorene Fluß laut überall rasch auf und schüttet seine Eismassen in dem dort schon recht hoch gehenden Wasser in mächtigen Blöcken zu Tal. Auch der Neckar führt starkes Treibeis nach dem Rheine und wächst dabei rapid. Für die Rheinschifffahrt ist das steigende Wasser von bester Vorbedeutung, lag doch die Großschifffahrt, die für den Massentransport der Kohlen ausschlaggebend ist, seit einigen Wochen gänzlich darnieder. Im übrigen braucht man auch eine Hochwassergefahr schon um deswillen nicht so sehr zu fürchten, da der Rhein wie auch seine Nebenflüsse infolge ihres bisherigen sehr niedrigen Wasserstandes schon gewaltige Wassermassen aufnehmen können, bis die normale Höhe erreicht ist. Die stark gelb gefärbten Fluten lassen vorerst nur auf Überschwemmungen kleiner Gebirgsflüßchen schließen.“

„Erhöhung der Gütertarife bevorstehend. Nach der Erhöhung der regelmäßigen Fahrpreise auf den deutschen Eisenbahnen im Personenverkehr, die für den 1. April 1918 ins Leben treten soll, soll gleichzeitig eine Erhöhung der Güterpreise stattfinden. Wie verlautet, ist eine gleichmäßige Erhöhung nach einem bestimmten Verhältnis in Aussicht genommen, die voraussichtlich 15 Prozent betragen soll.“

„Die Invaliden-Zulage von der Kasse abheben! Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß vom 1. Februar ab die Empfänger von Reichs-Invaliden- oder Krankenrenten eine monatliche Zulage von 8 M., die von Witwen- (Witwen-) oder Witwenrentenrenten eine solche von 4 M. erhalten. Die Auszahlung erfolgt durch die Postanstalten gegen Vorlegung einer unterschrieben polizogenen und mit Dienststempel einer zur Führung eines öffentlichen Dienststempels berechtigten Person versehenen Quittung. Die Zulagen müssen gefordert werden.“

„Die Einschränkung des Eisenbahn-Personenverkehrs um 60 Prozent. Die von Mitte dieses Monats an geplante Einschränkung des Reiseverkehrs soll dadurch ermöglicht werden, daß der Urlaubersverkehr vorübergehend auf das allerwenigste eingeschränkt wird. Die Einschränkung, die etwa ab 20. dieses Monats eintreten soll, wird nicht länger als 14 Tage dauern. Durch diese Maßnahme, durch die etwa 60 Prozent des bisherigen Personen-Verkehrs fortfallen werden, soll eine Zusammenlegung der Personen- und Schnellzüge herbeigeführt werden. Die Eisenbahnverwaltung wie auch die Seeresverwaltung beabsichtigen, diese Maßnahmen, die durch anderweitige, stärkere Inanspruchnahme der Eisenbahn und durch die dauernd ungünstige Wetterlage notwendig ge-

worden sind, nur als vorübergehende Maßregeln in Kraft treten zu lassen.

„Wird der Wein billiger? Daß in Bezug auf die hohen Weinpreise der Bogen viel straff gespannt wird, ist eine für die nicht mit einem großen Geldsack versehenen Schichten der Bevölkerung recht fühlbare Erscheinung. Das ist auch von der Regierung den Preistreibern schon nahegelegt worden. Inzwischen hat sich die Armee, deren Weinbezüge nicht zu unterschätzen sind, bereits anderweitig zu helfen gewußt. Durch die Besetzung Rumäniens sind die dortigen großen Wein-erträge den verbündeten Mächten als willkommene Gabe zugesprochen. Davon sollen 12—15 Millionen Liter allen rumänischen Weins nach Deutschland verhandelt werden zur sachgemäßen Einkellerung und Behandlung. Wegen der näheren Festlegungen fand in Ludwigshafen eine Besprechung mit Vertretern des Reichsministeriums statt. Eine größere Anzahl von Firmen hat sich zur Uebernahme und Pflege der Weine bereit erklärt. Wenn zu dem rumänischen Wein in absehbarer Zeit auch noch der des besetzten italienischen Gebiets hinzutreten und der Weinsegen über die Grenzen der Armee hinauswirken sollte, so werden wir hoffentlich bald wieder erschwinglichere Weinpreise zu erwarten haben.“

„Eine Reichsweinsteuer in Sicht? Die „Deutsche Weitzg.“ verzeichnet die schon seit einiger Zeit aufgetretenen Gerüchte über eine allgemeine Weisteuer und bemerkt dazu, die Sache habe jetzt einen ernsten Hintergrund erhalten, denn gegenwärtig befaßt sich die Reichsregierung tatsächlich mit dem Plan einer Reichsweinsteuer in Verbindung mit der Besteuerung der Getränke aller Art. — In einem Artikel zur kommenden Weisteuer schreibt die „Deutsche Weitzg.“ u. a.: „Soweit bisher aus den umlaufenden Gerüchten erkennbar, plant das Reich eine Fabrik- und Flaschenweinsteuer. Die erstere soll erhoben werden, sobald der Wein aus erster Hand in den Besitz eines Käufers übergeht, die letztere bei Abgabe an den Konsumenten.“

„Der Staatsanwalt und die Höchstpreisüberschreitungen der Kommunen. Das „Berl. Tagbl.“ meldet: Gegen den Neuköllner Oberbürgermeister Kaiser und Stadtrat Mier hat jehl, was nach den von uns mehrfach gekennzeichneten Erklärungen des Kriegsernährungsamtes zu erwarten war, der Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Höchstpreisüberschreitungen, gegen Stadtrat Adam ein gleiches Verfahren wegen Saatgutunterziehung eingeleitet. Damit ist der Stein ins Rollen gekommen, der zu einer Lavine anwachsen wird, da, wie wir hören, das Kriegswuchersamt gegen jene Kommunen und Großbetriebe einschreiten wird, die sich ähnliche „Verfehlungen“ zuschulden kommen ließen.

„Residenz-Theater. Das Tanz-Ensemble von Mary Zimmermann vom Opernhaus in Berlin, das in Hamburg und Hannover und anderen Städten geradezu sensationelle Erfolge mit seinen besonders reizvollen Gruppen-Tänzen erzielt, dürfte auch am Dienstag den 15. Januar berechtigtes Aufsehen erregen; jedenfalls ist diese Vereinigung von ernsten und heiteren Tänzen in dieser Art völlig neu.“

Aus aller Welt.

„Die Pest in China. Zwischen Peking und Fengcheng, dem vorläufigen Endpunkte der Peking-Entlang-Eisenbahn, ist der ganze Post- und Güterverkehr eingestellt, da unter den Reisenden von Tatungsu nach Fengcheng ein Pestfranker entdeckt wurde. — In einem Umkreise von wenigen Meilen von Fengcheng wurden zahlreiche Pestfälle festgestellt. In Fengcheng befinden sich viele pestverdächtige Personen.“

„Der Kultur erschlossen wurde in Ostfriesland das sogenannte Vorzumer Watt, das sich vom Vorzumer Stel bis zum Emdener Außenhafen hinzieht. Es handelt sich um 300 Hektar Reuland. Bis vor einigen Jahren zogen noch die Wellen über das Sand hinweg und es fuhr dort der Fischer mit seinem Schlickhütten; jetzt wird dort bereits gepflügt und gesät. Große und kleine Kanäle sorgen für die Entfernung des Wassers, das in mächtigen Röhren in den Vorzumerkanal geleitet wird. Das neu gewonnene Land soll sich für den Gemüse- und Kartoffelbau eignen.“

„Die Hungersteine bloßgelegt. Der Rheinwasserstand ist jetzt auf einem Niveau angelangt, wie es seit mehr als 20 Jahren nicht mehr beobachtet worden ist. Im Rheingau sind auf der hessischen Seite die sogenannten Hungersteine trocken gelegt. Das Strombett liegt bis zu 10 Meter von den Uferbauten vollständig trocken. Die eingetrockneten Stromarme sind mit einer dicken Eisschicht bedeckt, auf welcher Eis und Jung dem Wintersport huldigen.“

„Ein Regierungsrat wegen Diebstahls verhaftet. Der Leiter des Oberversicherungsamtes für den Regierungsbezirk Minden, Regierungsrat Dr. W., ist in Braunschweig wegen Diebstahls verhaftet worden. In einem Juwelierladen Braunschweigs wurde er beim Diebstahl eines Brillantringes ertappt. Er wird jetzt beschuldigt, in einem D-Buge aus dem Koffer eines Mitreisenden Geld entwendet zu haben und außerdem in amtlicher Eigenschaft bei Revision einer Sparkasse Wertpapiere habe verschwinden lassen.“

„Am Streit den Schwiegervater erschossen. In Neutölln erschoss der 24 Jahre alte Arbeiter Fritz Berndt, der von seiner Frau getrennt lebt, in der Wohnung seiner Schwiegereltern, wo sich gegenwärtig seine Frau mit ihrem Kinde aufhält, seinen Schwiegervater, den 54 Jahre alten Arbeiter Wolff. — Berndt hatte seine Frau in Not geraten lassen, worauf sie ihn verlassen hatte.“

„Der Schnee und der Bahnverkehr haben in diesem Jahre die alte, bei unseren kälteren Bahn-

Wämen längst als überwunden anzusehende Getad-
schaft erneuert. Nach dem Osten ist der Verkehr, zeit-
weilig selbst für Schnellzüge lahmgelegt worden. Am
2. Januar z. B. kam der D-Zug nach Bismarck erst nachts
in Braunsberg an. Dort wurde mitgeteilt, daß eine
Weiterfahrt unmöglich sei. Die Reisenden strömten
in die Hotels und Gasthöfe. In kurzer Zeit waren
alle Lebensmittelvorräte aufgebraucht. Das Landrats-
amt brachte große Mengen Brot- und Fleischsorten zur
Verteilung. Nachdem von Soldaten und Kriegsgefan-
genen die größte, drei Fuß hohe Schneewehe beseitigt
worden war, erfolgte Freitag nachmittags die Weiter-
fahrt nach Königsberg. Der Sturm hatte überall
Bäume und Dächer niedergebrosen. Erst nach zwei-
tägiger Fahrt traf der Zug Freitag abend in Königs-
berg ein.

„Lankwitz kein Köpenick. Nach dem Muster des
„Hauptmanns von Köpenick“ versuchte ein Betrüger
in Lankwitz einen groß angelegten Schwindel aus-
zuführen. In der Privatwohnung des Inhabers der
dortigen Heilanstalt erschien ein Hauptmann mit
zwei Soldaten und legte einen Haftbefehl des
Kriegsministeriums vor, wonach der Besitzer
der Lankwitzer Heilanstalt wegen Ueberschreitung der
Höchstpreise beim Einkauf von Geflügel sofort zu
verhaften sei. Der Besitzer kleidete sich sofort an
und begab sich mit dem Hauptmann, gefolgt von den
beiden Soldaten, nach der Heilanstalt. Hier bestand er
aber darauf, daß die Polizei herbeigerufen werde,
da er sonst der Aufforderung des Hauptmanns nicht
folge leisten werde. Der Hauptmann verließ nun die
Heilanstalt mit dem Bemerkten, daß er die Polizei selbst
holen und zum Abtransport des Gefangenen ein Auto
besorgen werde. Den beiden Soldaten gab er den
Auftrag, den Verhafteten gut zu bewachen und ja
nicht aus dem Zimmer zu lassen. Unterdessen war auch
die Polizei von dem Vorfall telephonisch in Kenntnis
gesetzt worden. Diese stellte fest, daß die beiden Sol-
daten, die als Kraftwagenführer dienen, auf der
Straße von dem Hauptmann angesprochen worden
sind. Er hatte ihnen den Haftbefehl gezeigt und
sie aufgefordert, ihm zu folgen. Die weiteren Ermitt-
lungen ergaben, daß der angebliche Hauptmann ein
Schwindler sei, der unberechtigt die Uniform angelegt
hatte. Als sein Streich mißlungen war, hatte er
ungehindert mit der Straßenbahn in der Richtung
nach Berlin Lankwitz verlassen.

Theater-Spielplan.

Königliches Theater in Wiesbaden.

Vom 13. bis 27. Januar 1918.

Sonntag, Ab. D. „Bohngengrin“, Anfang 5 Uhr, Ende etwa
9 1/2 Uhr.

Montag, Ab. A. „Bodamante“, Anfang 6 Uhr, Ende gegen
8 1/2 Uhr.

Dienstag, Ab. A. „Mona Lisa“, Anfang 6 Uhr, Ende nach
8 1/2 Uhr.

Mittwoch, Bei aufgeb. Abonnement. Volkspreise! 12. Volks-
abend: „Judit“, Anfang 6 Uhr, Ende nach 8 1/2 Uhr.

Donnerstag, Ab. A. „Hofmanns Erzählungen“, Anfang 6
Uhr, Ende etwa 9 Uhr.

Freitag, Ab. C. Zum ersten Male: „Die Straße nach
Steinbach“, Anfang 6 Uhr. Eine ernsthafte Komödie in 3
Akten von Wilhelm Stöckert.

Samstag, Ab. B. Erstes Gastspiel des Herrn Eduard
Lichtenstein von Carl-Schulze-Theater in Hamburg:
„Polenblut“, Anfang 6 Uhr, Ende nach 9 Uhr. „Solo“:
Herr Eduard Lichtenstein.

Sonntag, Nachmittags, Bei aufg. Abonnement. Auf Aller-
höchsten Befehl: Vorstellung für die Kriegsarbeitserschaft:
„Die Journalisten“. Anfang 2 Uhr, Ende etwa 4 1/2 Uhr.
(Zu dieser Vorstellung findet kein Kartenverkauf statt.)
Abends Bei aufgeb. Abonnement. „Das Dreimäderl-
haus“. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 13. bis 19. Januar 1918

Sonntag, nachm. 4 1/2 Uhr. Halbe Preise, „Wenn im Frühling
der Holunder“.

Sonntag, abends 7 Uhr, „Das Extemporale“.

Montag, abends 7 Uhr, „Familie Hanneemann“.

Dienstag, abends 7 Uhr, „Tanzgastspiel des Mary Zimmer-
mann-Pallete“.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Petroleumkarten.

Die Ausgabe von Petroleumkarten an Personen,
die über künstliche Beleuchtung nicht verfügen, findet am
Montag, den 14. ds. Mts.

im Sitzungssaale des Rathhauses statt und zwar
für den 1. Bezirk von 2—2 1/2 Uhr Nachmittags

„ 2. „ „ 2 1/2—3 1/2 „ „

„ 3. „ „ 3 1/2—4 1/2 „ „

„ 4. „ „ 4 1/2—5 „ „

Schierlein, den 12. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Nach Mitteilung des Einberufungsausschusses hier
besteht die Vermutung, daß sich eine große Anzahl von
Hilfsdienstpflichtigen auf Grund der Bekanntmachung
zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über vaterländischen
Hilfsdienst vom 13. 11. 1917 noch nicht gemeldet hat.

Vor allem weist der Einberufungsausschuß da-
rauf hin, daß namentlich Beamte und Angestellte von
Behörden und sonstigen als kriegswichtig anerkannten
Betrieben der Ansicht sind, auf Grund ihrer Tätigkeit
von der Meldepflicht befreit zu sein.

Als äußerster Zeitpunkt für nachträgliche Meldungen
ist der 15. Januar 1918 bestimmt. Meldedaten werden
auf Ersuchen von mir dorthin übersandt werden.

Todes-Anzeige

Hierdurch die traurige Nachricht, daß heute früh 10 Uhr
meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter,
Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Mina Seelgen

geb. Sack

nach langem Leiden im Alter von 58 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Fritz Seelgen.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. Januar, nachmittags
4 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichstrasse 3, aus statt.

Bekanntmachung.

Der Herr Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes
hat zur beschleunigten Aufbringung auch der leichteren
Schweine genehmigt, daß der Einheitspreis von 79 Mk.
bis zum 15. Januar 1918 gezahlt wird und außerdem
für die gleiche Zeit ein Zuschlag, der betragen soll bei
Schweinen im Gewicht von mehr als 15—30 Kg. 18 Mk.,
von mehr als 30—45 Kg. 14 Mk., von mehr als
45—60 Kg. 10 Mk. und von mehr als 60—75 Kg.
6 Mk. für das Stück.

Dieser erhöhte Preis wird für alle rechtzeitig, also bis
15. Januar einschließlich angekauften beziehungsweise
zur Ablieferung bestimmten Schweine gezahlt, wenn Ab-
lieferung bis spätestens 31. Januar 1918 erfolgt.

Die Bezirksfleischstelle teilt mit, daß auf Ersuchen
des Kriegsernährungsamtes und Anweisung des Staats-
kommissars für Volksernährung das Landesfleischamt
angeordnet hat, daß sämtliche Hauschlachtungen bis
spätestens 31. Januar d. Js. vorgenommen sein müssen.

Alle bereits erteilten Schlachtgenehmigungen, deren
Gültigkeit über den 31. Januar ds. Js. ausgedehnt ist,
müssen bis zu diesem Termine erledigt sein, andernfalls
dieselben mit Ablauf des 31. Januar verfallen.

Noch rückständige Anträge auf Genehmigung von
Hauschlachtungen sind bis zum 25. Januar ds. Js.
einzureichen, später eingehende können nicht mehr be-
rücksichtigt werden.

Wiesbaden, den 10. Januar 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
von Heimbürg.

Bin vom Heeresdienst entlassen
und halte wieder persönlich

Sprechstunden

von 8 1/2—1 Uhr und

„ 3—6 Uhr.

Spezialität:

Unzerbrechliche Saumenplatten.

Dentist Denk, Biebrich

Wilhelmsanlage 5. Fernruf 353.

Acker- und Weinbergversteigerung.

Am Montag, den 28. Januar cr.
10 Uhr beginnend,

lassen die Eheleute Metzgermeister Fritz Rudolph
und Theodore geb. Heil zu Biebrich, im hiesigen
Rathause ihre in hiesiger Gemarkung gelegenen Acker
und Weinberge öffentlich freiwillig durch den Unter-
zeichneten versteigern.

Die Versteigerungsbedingungen und die Nach-
weisungen über die Grundstücke können bei dem Unter-
zeichneten eingesehen werden. Auch werden dieselben im
Termin bekannt gegeben.

Schierlein, den 12. Januar 1918.

Das Ortsgericht:

Schmidt,

Ortsgerichtsvorsteher.

3-Zimmerwohnung

mit Zubehör an ruhige Stelle
zu vermieten. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Ein

Kahn

entlaufen. Abzugeben gegen
Belohnung. Schultze 4.

Ein

Zimmer und Küche

für alleinlebende Person ge-
sucht. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Kirche.

Sonntag, 13. Januar 1918
10 Uhr Predigt. 11 Uhr
Kindergottesdienst. Montag,
abends 8 Uhr Missions-
verein.

Missionar Schreiber
Pfarrverweiser.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 28. Januar 1918
vormittags 11 Uhr

läßt die Ehefrau des Hoteliers Adolf Diebsch,
Johannette geb. Sack, zu Karlsbad die in hiesiger
Gemarkung belegenen und im Grundbuche von Schierlein
Band 9 Blatt 263 verzeichneten Grundstücke:

Flst.	Flur	Parzelle	Bezeichnung	Genoss.	Größe
Nr.	Nr.	Nr.	Distrikt	Genoss.	ar am
1	9	234	Acker, Thal	2	6 16
2	5	316	„ Witzhöll	3	3 79
3	4	101	„ Gutschlach.	2	7 09
4	5	317	„ Mühlholl	3	3 16
5	15	3	„ Belzmann	4	11 47
6	4	159	„ Gutschlach.	1	7 95
7	14	383/175	„ Krausgärten	1	7 01
8	14	328/175	„ „	1	7 16
9	14	331/175	„ „	1	7 74

öffentlich meistbietend im Sitzungssaal des Rat-
hauses durch den unterzeichneten Ortsgerichts-
vorsteher versteigern.

Die Versteigerungsbedingungen und die die Grund-
stücke betreffenden Nachweisungen können während der
Dienststunden bei mir eingesehen werden.

Schierlein, den 10. Januar 1918.

Der Ortsgerichtsvorsteher:
Schmidt.

Jugendliche Arbeiter Frauen und Mädchen

können sofort an Maschinen Beschäftigung finden.

Maschinenfabrik Rhénania,
E. Manthe, Niederwalluf.

Schulranzen!

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

officiert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnstrasse 10
Reparaturen.

Junges Monatsmädchen oder Frau

bei freier Kost sofort gesucht.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle.

Eine ruhige Wohnung

bestehend aus 4—5 Zimmern
oder kleines Haus sofort
oder später zu mieten ge-
sucht. Offerten unter F. A.
100 an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Schöne
3-Zimmerwohnung
mit Zubehör sofort zu mieten
gesucht. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle.

Wein-Etiketts
in jede Ausführung liefert
prompt
Druckerei W. Probst